

1.

Protokoll

XVII  
a

über die Landtagssitzung vom 27. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr.

Gegenwärtig:

Sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme von ~~Regierungschef~~ Basil Vogt Balzers.

Reg. Chef: Dr. Hoop .

Schriftführer: Anton Seger.

Beratungsgegenstände:

- 1.) Besprechung im Konferenzzimmer.
- 2.) Finanzgesetz und Landesvoranschlag 1929
- 3.) Querdammerhöhung Gamprin.

--- Ueber die Besprechung im Konferenzzimmer wurde ein separates Protokoll angefertigt. XVII

--- Es wird sodann das Protokoll der letzten Landtagssitzung verlesen, das genehmigt wird. Gewünscht wird noch zum Punkte "Revisionsbericht über die Landeskasse", dass in Form eines Nachtrages zum Protokoll der Satz aufgenommen wird: Die vorliegende Rechnung wird entsprechend den Anträgen des Revisionsberichtes genehmigt und den Funktionären ~~das Vertrauen ausgesprochen~~ Décharge erteilt.

Hoop: liest die Vorlage für das Finanzgesetz für das Jahr 1929 vor.

Büchel Mauren: Ich beantrage Streichung dieses Artikels 5. Die Spar- und Leihkasse benötigt dringend das Dotationskapital. Ich spreche mich dafür aus, dass ein eigenes Gesetz hierfür geschaffen wird und zwar sofort und möchte, dass der Landtag hierfür eintritt.

Reg. Chef: Wir können bis heute Nachmittag einen solchen Gesetzesentwurf machen und kann dann heute hierüber die Abstimmung stattfinden.

den.

Es kommt sodann zur Abstimmung; die Frage: Wer ist dafür, dass Artikel 5 gestrichen wird?

Ergebnis der Abstimmung: sämtliche Abgeordneten  
(Gassner ist augenblicklich  
abwesend)

Die Abstimmung über die zweite Frage: Wer ist dafür, dass ein besonderes Gesetz geschaffen wird? hat folgendes Ergebnis:

Alle Abgeordneten sind einverstanden.

(Gassner abwesend.)

Die Lesung der weiteren Artikel unterbleibt vorläufig und es wird bei den Ausgeben für den Landtag fortgesetzt.

Präsident: Zur Post Bureau, Tagesordnungen für den Landtag möchte ich bemerken, dass früher die Arbeit durch Kammersekretär Peger gemacht wurde und dieser hierfür eine jährliche Entschädigung von Fr 400. bekam, Fr 400.- waren als Entschädigung für Reg. Sekretär Nigg für die Führung der Protokolle in den Finanzkommissionssitzungen vorgesehen. Nach-<sup>dem</sup> die Führung der Protokolle im Landtag von jetzt an durch die Regierungskanzlei ~~besorgt~~ besorgt wird, können die Fr 400.- entfallen. Sollte die Ausfertigung der Protokolle während der gewöhnlichen Amtsstunden nicht möglich sein, so hat die Finanzkommission hierfür eine billige Entschädigung vorgeschlagen.

--- Es wird hiezu nichts eingewendet.

Präsident: Zur Post Zivilstandsregisterführung Fr 2000.- möchte ich folgendes bemerken:

Es sind in Liechtenstein 10 Zivilregisterämter. Dies sind die Pfarrämter. Hierfür bekommt jedes Pfarramt jährlich Fr 120.-, macht zusammen Fr 1200.- aus. Ein Antrag in der Finanzkommission ging dahin, es möchte eine Erhöhung der Gehälter auf Fr 200.-

erfolgen und dann, weil es hier nicht immer geklappt hat, eine strengere Kontrolle durchgeführt werden. Man ist nämlich darauf gekommen, dass manche Zivilregister mangelhaft geführt werden. Man hat es als eine Sache der Billigkeit gefunden, die Erhöhung zu bewilligen. Ich ersuche, denjenigen Herrn, der in der Finanzkommission den formellen Antrag auf Erhöhung gestellt hat, sich hier zu äussern.

Stliner: Nachdem ich den Antrag gemacht habe in der Finanzkommission, die Entschädigung für die Zivilstandsregisterführung von Fr 120.- auf Fr 200.- zu erhöhen, muss ich jetzt erklären, dass ich nach all den Zahlen, die ich im Konferenzzimmer über die Sparkassa gehört habe, mich absolut nicht mehr entschliessen kann, dem Antrage auf Erhöhung auf Fr 200.- beizustimmen. Ich bin gegen jede Erhöhung. Ich stelle den formellen Antrag auf Reduktion der geplanten Erhöhung u. zwar auf Fr 120.-, wie bisher.

Es erfolgt sodann die Abstimmung u. zwar zuerst in positivem Sinne: Wer ist für die Erhöhung von 120 Fr auf Fr 200.-?

Ergebnis der Abstimmung: ( durch Handerhebung)

niemand.

Wer ist ~~für~~ dagegen ?

Ergebnis der Abstimmung:

alle Abgeordneten.

Hg. Büchel Mauren: Ich möchte hier in Landtage heute einmal Folgendes vorbringen: Ich bin schon wiederholt in ganz ungeziemender Weise in der Zeitung herangezogen worden, indem geschrieben wurde, ich hätte als Regierungsrat einen Gehalt von Fr 3000.- bezogen. Ich möchte den Herrn Regierungschef ersuchen, zu sagen, was andere bezogen haben. Ich möchte klargestellt haben, was ich bezogen habe und ob ich überhaupt etwas bezogen habe, was nicht in Ordnung gewesen ist. Ich bin immer nur zu den

Sitzungen gegangen, wenn man mich gerufen hat.

liest die Bezüge der Herren Peter Büchel und Altregierungsrat Frick vor, aus denen hervorgeht, dass Regierungsrat Frick in den meisten Monaten mehr bezogen hat als Abg. Büchel

Dr. Hoop erklärt sodann, dass im zweiten Halbjahr 1928 keiner der Herren Regierungsräte auf nur Fr 200.- pro Monat gekommen ist.

Büchel Mauren: Ich bin überzeugt, dass Frick nur dann etwas getan hat, wenn man es von ihm verlangt hat. Wenn Leute im Dienste des Landes und nur auf Geheiss der Regierung arbeiten, ist es eine Gemeinheit, wenn man sie immer in der Presse wegen der Taggelder angreift. Ich hoffe, dass das in Zukunft unterbleibt, sonst werde ich dann einen anderen Weg beschreiten. Ich möchte noch bemerken, dass die jetzige Ungleichheit zwischen mir und Regierungsrat Gassner auf das Kilometergeld zurückzuführen ist. Gassner wohnt in Vaduz und ich in Mauren.

rent Frommelt. Zum Punkte II Schule "Gehalte der Lehrer" möchte ich bemerken, dass über Ansuchen des Lehrervereins in einer Sitzung des Landesschulrates beschlossen wurde, die Schwester an der Mittelschule in Eschen durch einen Lehrer zu ersetzen. Dann wurden in Eschen Stimmen gesammelt. Die grösste Zahl der Eltern hat sich dafür entschieden und ersucht, die Schwester zu belassen. Auch die Gemeinde Eschen hat sich dafür ausgesprochen. Daraufhin hat der Landesschulrat ein zweites Mal entschieden und zwar, dass nach einer Eingabe einer Stimmliste der Lehrer gemäss der Mehrheit der Stimmenzahl beider Listen entschieden werde.

liest die Petition der Eltern vor, ferner die Zuschrift des hochw. Herrn Pfarrers von Eschen.

Batliner: Im Prinzip wäre ich für die Stellungnahme der Lehrer und wäre auch im Prinzip dafür, dass Lehrer angestellt werden statt Schwestern. Bei Lehrern haben die Buben viel mehr Autorität, diese

bringen ihnen viel mehr Disziplin bei. Aber heuer, wo die finanzielle Lage so ist, kann ich solchen Mehrauslagen nicht zustimmen.

Eschen: Als Eschner muss ich meine Meinung auch sagen: Ich habe von der Schwester immer nur das Eine gehört, dass sie eine tüchtige Kraft sei. Sie hat eine musterhafte Ordnung in der Schule, auf der Strasse, kurz überall. Das soll nicht in die Spitze gegen die Lehrer haben. Aber dass man eine solche Schwester einfach heute gegen Tirol zu schiebt, dafür kann ich nicht entscheiden. Wir wollen heute sparen. Wir können nicht dem einen geben, dem anderen nicht.

Büchel: Die Schulsachen gehören zu den wichtigsten im ganzen Lande. Ich möchte nicht gerade einer Kreditverweigerung zustimmen. Aber eine Aenderung in Eschen leuchtet mir nicht ein. Dort ist eine Schwester, die überall Lob erntet und schon 25 Jahre tätig ist. Man soll dort eine Aenderung treffen, wo keine Autorität ist und wo die Kinder das möglichst schlechteste Beispiel einstecken müssen.

Präsident: Ich glaube, hiezu sagen zu dürfen, dass wir hier nicht die Berufenen sind, zu entscheiden, welche Lehrerschaft, Schwestern oder Lehrer, mehr Autorität für sich beanspruchen können, denn was man am machgebietenden Moment dem einen zukommt, geht ihm dann wieder im Punkte des Gefühls und des Herzens vielleicht ab. Für uns handelt es sich um die Frage: Steht dieser Mehrausgabe ein wirkliches Mehr an Arbeit, ein wirklicher Erfolg im Vergleich zu dem, was jetzt existiert, gegenüber. Trifft das zu, dann begreife ich sofort, dass das, was besser ist, was mehr leistet, auch besser bezahlt wird. Ich möchte aber diese Frage damit beantworten, dass ich sage, die Arbeitsleistung ist ganz gleich. Ich mache keinen Unterschied zwischen Lehrer und Schwe-

ster. Die Persönlichkeit der Lehrkraft wird den Erfolg sichern. Die Sparsamkeit rät uns an, das zu nehmen, was billiger ist, bei gleicher Leistung.

Es handelt sich hier um die Frage, ob wir eine junge Lehrkraft, die ausgebildet ist, anstellen sollen. Dann müssten wir uns überhaupt auf den Standpunkt stellen, dass wir jede Lehrkraft, die später an uns herantritt, ~~hier~~ anstellen müssen. Meiner Ueberzeugung nach wird das nicht angängig sein, weil in den nächsten Jahren ein ziemlich gutes Halbdutzend Lehrer nacheinander kommen werden. Wir können, wenn wir sparen wollen, nicht neue Lehrstellen schaffen. Es wird also früher oder später doch dazu kommen, die Lehrkräfte, die aus dem Seminar kommen, einfach warten zu lassen, oder ihnen behilflich zu sein auf andere Art und Weise, bis eine Lehrstelle frei ist, oder es wäre für weitere Ausbildung Bedacht zu nehmen.

Wenn der Lehrerberuf übersetzt ist, wird es Sache der Berufsberatung sein, hierin zu bremsen. Ich für meine Person könnte mich nicht entschliessen, eine bewährte Lehrkraft wegzutun und eine andere hinzustellen.

Kaiser: Wenn das Land Geld hätte, würde ich den Antrag stellen, dass ein paar Lehrer pensioniert und junge Lehrer angestellt würden. Jetzt aber, wo wir im Geldmangel drin sind, könnte ich nicht zustimmen. Sobald Geld herum ist, würde ich diesen Antrag stellen.

Präsident: In letzterem Falle wäre ich dafür, den Herren das Geld zu geben, ~~er~~ sich weiter auszubilden.

Marxer: Es wäre schön, wenn man alle anstellen könnte, die aus dem Seminar kommen. Aber viele der heutigen Schulmeister sind früher auch in der Schweiz und in Vorarlberg gewesen, sie mussten auch warten, bis ein Platz frei war. Wenn ein Professionist keine Arbeit hat, muss er halt auch in die Welt hinaus, sich eine Arbeit zu verschaffen. Dass wir alles versorgen müssen, das geht unter den heutigen Verhältnissen wohl nicht.

Walser: Ich wäre dafür, einige Lehrer zu pensionieren und junge Kräfte anzustellen.

Büchel: Ich möchte trotzdem dem Landesschulrat eine Wiedererwägung der

Angelegenheit empfehlen. Ich möchte nicht junge Lehrer ins Ausland schicken. Ich gönne ihnen eine Stelle in unserem Lande. Aber man soll dort ansetzen, wo es notwendig ist. An anderen Orten wäre es notwendig.

Abg. Büchel: Wann sollte der Wechsel stattfinden, jetzt oder im Frühjahr.

Reg. Chef: Beabsichtigt war zuerst im begonnenen Schuljahre. Es wäre wohl nicht angebracht, dass mitten im Schuljahre ein Wechsel stattfände.

Sch: Ich möchte den Antrag stellen, dass schriftlich abgestimmt wird, und zwar Punkt für Punkt.

Es erfolgt sodann die schriftliche Abstimmung über Kredit-erhöhung oder Kreditverweigerung für die Anstellung eines Lehrers in Eschen.

Ergebnis der Abstimmung: 11 nein (Kreditverweigerung)

3 ja. (Kreditzustimmung).  
mit denen

Reg. Chef: Aus verschiedenen Bemerkungen einzelner Herren, die ich in der Schulfrage gesprochen habe, habe ich entnommen, dass teilweise ein Missbehagen über einzelne Lehrer im Lande herrsche. Ich habe nun manche Beweise bekommen, dass im Landtage auch mit dem nötigen Ernste die Schulfrage behandelt wird. Ich habe mit Bedauern oft hören müssen, wie über einzelne Schulmeister bittere Klagen geführt werden. Man sagt, es wachse in einzelnen Gemeinden eine Jugend heran, die absolut nicht fähig sei, den Kämpfe des Lebens zu bestehen. Mir scheint dies auch Tatsache zu sein. Ich bitte den hohen Landtag, dass ~~er~~, wenn einmal die Regierung bzw. der Landesschulrat hierin eines Tages zu strengen Massregeln greift, er Regierung und Landesschulrat unterstützt.

Zur Sache Landesschule Vaduz und Sekundarschule Eschen:

Es liegen 2 Gesuche hier: Ein Gesuch von Herrn Direktor Nipp in Vaduz um Reduzierung des Wohnungsmietzinses und um Erhöhung

des Direktionszzulage, und ein Gesuch des Herrn Reallehrers Banzer um Gehaltserhöhung. Der Gehalt des Herrn Direktors Dr. Nipp wurde budgetiert, so wie er bisher war, und damit wäre die Sache erledigt.

Bei Reallehrer Banzer ist die Sache anders. Bis jetzt bezog Reallehrer Banzer Fr 4300.-. Nach Behandlung im Landesschulrate wurde ihm eine Erhöhung auf Fr 4600.- zugestanden und dieser Betrag ins Budget aufgenommen.

Hoop: Ich stelle den Antrag, dass man auch hier bei Reallehrer Banzer auf dem alten bleiben soll.

Präsident: Wird der Antrag Hops unterstützt?

Miner: Nach Antrag des Abg. Risch soll schriftlich abgestimmt werden.

Marxer: Ich meine etwas dürfte man Banzer schon geben, aber der Unterschied zwischen dem früheren Gehalt und dem budgetierten scheint mir doch etwas zu hoch zu sein.

Es wird sodann schriftlich abgestimmt.

Ergebnis: 10 Stimmen gegen die Gehaltserhöhung,

3 Stimmen für die Gehaltserhöhung.

1 Stimmenthaltung.

Abgegebene Stimmen: 14.v

Zum Punkte Bauamt Landestechniker Vogt Reiseauslagen :

Chef: referiert in der Angelegenheit und erklärt, dass die Finanzkommission der Meinung war, dem Landtage die Annahme der Posten empfehlen zu dürfen.

Michel Gamprin: Mir kommt der Posten etwas zu hoch vor. Ich meine, die Regierung sollte mit Vogt verhandeln, dass die Autofahrten billiger kommen.

Präsident: Vogt erspart sich mit seinem Auto allerdings manche Diäten. Ich hätte mit 67 Rp. pro Kilometer allerdings kaum gerechnet.

Risch: Ich würde keine Pauschalierung treffen. Ich glaube wir dürfen Vogt soviel Vertrauen. Wenn die Rheinbauten einmal beendet

sind, kann man eine Pauschalierung treffen. Dann werden die Fahrten nicht mehr soviel Kilometer ausmachen.

Präsident: Ich wäre mit Risch gleicher Ansicht. Das Abkommen würde sich natürlich nur auf das Jahr 1929 beziehen.

Chef: Es kommt auf das gleiche heraus. Ich bin überzeugt, dass der Weg, den wir gingen, der bestmögliche war. Vogt kommt oft erst um 1 Uhr mittags und spät nachts nach Hause. Ich stehe nicht an, die Tätigkeits Vogt zu loben.

Batliner: Nach meiner Ansicht wäre es das richtige, wenn Vogt ein halbes Jahr lang seine effektiven Auslagen in Rechnung setzt. Ein Taxameter hat auch Abnutzung. Wenn der mit 45 Rp. pro Kilometer es machen kann, warum hier 67 Rp. Vogt kann noch selber fahren, ein anderer ein Taxifahrer hat oft noch einen fremden Chauffeur.

Präsident: Zu bedenken ist allerdings, dass Vogt, das Auto ausschliesslich für diesen Zweck hat. Im budgetierten Betrage ist die Haftpflichtversicherung auch inbegriffen. Die Abnutzung, die mit 18% veranschlagt ist, scheint mit allerdings zu hoch zu sein.

Chef: Vogt stellt das Auto mit Fr 4200.- in Rechnung, es ist ein Auto gewöhnlicher Art, das sich schneller abnutzt.

Michel Gamprin: Ich wünsche, dass die Regierung mit Vogt verhandelt, im dem Sinne, wie schon bereits ausgeführt.

--- Es kommt sodann zur Abstimmung:

Ergebnis der Abstimmung: 9 Stimmen für die Verrechnung  
5 Stimmen für eine Pauschalierung.

Chef: Wegen der Amortisation des Autos werde ich mit Vogt verhandeln und ihm mitteilen, dass dieser Posten etwas zu hoch erscheine, und ob da nicht etwas eingespart werden könne.

-- Die Herren sind einverstanden, dass der Betrag Fr 2600.- im Budget stehen gelassen wird.

Der Posten Fr 6000.- für Einrichtung der Zentralheizung im Abg. der Landesschule scheint mir zu niedrig zu sein. Ospelt Gustav kann hier als Fachmann Auskunft geben.

Ospelt: Ich glaube, die Post wurde auf Grund von Offerten, die eingeholt

wurden, eingesetzt.

Präsident: Der Betrag wird also genügen, weil er auf Grund gestellter Offerten eingesetzt ist.

Ospelt: Auch einverstanden.

Walser: Zum Punkte IV Land -und Forstwirtschaft lit. 7: Vertilgung schädlicher Vögel, glaube ich, dass hier mehr ausgegeben werden sollte. Seinerzeit mussten im Frühjahr wegen der Vögel ganze Aecker neu angepflanzt werden. Wenn man vielleicht mehr Schuss- oder Fanggelder ausrichten würde.

Es wird sodann erörtert, dass das Ausrichten von Prämien auch veröffentlicht werden sollte.

Ospelt: Was die Abgabe der schädlichen Vögel und deren Eier betrifft, so sollte man dieselben beim Gemeindegeldkassier z. B. abgeben können, der ja auch die Mäuse übernimmt.

Präsident: Ich stelle den Antrag, dass im Verordnungswege die Regierung eine Stelle in jeder Gemeinde bezeichnet, wo die Abgabe erfolgen soll.

Risch: Ich möchte es lieber so, wie es jetzt ist.

Ruggell: Ich möchte den Abg. Walser unterstützen. Im Frühjahr müssen oft ganze Aecker neu bestellt werden. Der Schaden, den die Vögel im Frühjahre anrichten, ist viel grösser, als der im Herbst. Die Vögel könnten beim Waldhirt abgegeben werden. Dieser kommt sowieso monatlich zum Forstmeister.

Präsident: Ich würde es der Regierung überlassen, im Verordnungswege die Abgabestelle zu bestimmen.

*2. Apr.*  
Zum Punkte V. Abgaben-Verwaltung a) Gehalte : Steuerkommissär:

Hoop: Ich möchte zur Sache Steuerkommissär bemerken, dass es vielfach heisst, er sei im Verwaltungsrat der Fabrik und sei dort halbwegs beschäftigt.

Präsident: In der kurzen Zeit, während welcher ich hier bin, hat man sich oft beschwert. Man sagte, man komme hieher und Hasler komme nicht. Ich habe Herrn Hasler rufen lassen und ihm von den Klagen Mitteilung gemacht und ihm eröffnet, dass solange, als seine

Tätigkeit bei den Eschenwerken für das Land von Nutzen ist, pto. Arbeitsbeschaffung u. dgl. so hätte die Regierung wohl keine Ursache, da ihn nicht zur Verfügung zu stellen. Man hat dann später herausgefunden, dass es doch nicht recht angängig sei, dass Hasler als Steuerkommissär im Verwaltungsrat der Sparkassa sitze. Ich bat ihn dann, er möchte sich entscheiden, entweder Steuerkommissär zu bleiben oder Verwaltungsratsmitglied. Er gab mir zur Antwort, er werde mir seinen Entscheid in den nächsten Tagen bekanntgeben. Er gab mir dann auch bekannt, dass er aus dem Verwaltungsrat der Eschenwerke ausscheide. Effektiv ist dies allerdings nicht erfolgt, er blieb im Verwaltungsrat und unterzeichnete den Konkursantrag.

Risch: Zum Punkte: Mehrentschädigung an den Steuerkommissär für 1929

Fr 800.- würde es mich interessieren, wie diese Post begründet wird.

Diese -- Fr-800. -- betreffen den Mehrgehalt Haslers.

Chef: Der Mehrgehalt ist begründet aus einer Stempelprovision anderer Amtsstellen.

Risch: Die Begründung für Mehrentschädigung ist etwas schwach. Ich bin schon der Meinung, dass wenn Hasler Fr 4000.- Gehalt hat und dann noch Fr 800.- dazu, er alle übrigen Beamten mit wenig Ausnahmen übertrifft. Ich würde den Antrag stellen, in der Sache etwas zu reduzieren.

Präsident: Es ist allerdings nicht gerade eine angenehme Sache, Steuerkassier zu sein.

Präsident: Diese Fr 800.- sind Hasler einige Jahr schon zuerkannt worden. Die Begründung ist zwar vielleicht etwas schwach. Immerhin halte ich den Steuerkommissär für eine der wichtigsten Beamten, die wir heute besitzen und in seiner Eigenschaft als Steuerkommissär spielt er eine grosse Rolle. Ich könnte mich nicht dafür hergeben, ihm etwas zu strechen. Wenn die Arbeitsleistung präzisiert werden soll, müssten wir auch zu anderen Posten greifen.

Präsident: Ich muss Gassner vollständig unterstützen, er, ~~ist~~ (Hasler) ist ein tüchtiger Beamter und die Einforderungen werden immer grösser. Der Gehalt von Fr 4000.- ist sowieso bescheiden.

Jch möchte noch den Abg. Hoop insoferne unterstützen, als sich Steuerkommissär Hasler nicht in Sachen einlassen soll wie z.B. Eschenwerk, und auf der anderen Seite wieder als Beamter fungiert. Das ist nach meiner Ansicht nicht einwandfrei. Am Gehalt möchte ich nicht rütteln.

Chef: Jch bin mit Gassner auch der gleichen Ansicht, dass nämlich der Steuerkommissär entschieden eine wichtige Person ist und unser ganzes Budget ruht auf den Steuereinnahmen. Es ist allerdings nicht gesagt, dass gerade ein gewisser Steuerkommissär das einzig Gute und Mögliche ist. Hassler hat immerhin eine gewisse Erfahrung. Eine Reduktion des Gehaltes ist nicht geeignet, den Arbeitseifer zu wecken. Jch glaube man bessert nicht viel, wenn man zu knauserig ist.

Spelt: Jch möchte den Herrn Regierungschef unterstützen. Jch glaube, wir profitieren damit nicht viel, wenn er will, hat er die 800 Fr. schnell hereingebracht.

Risch: Jch bin der Meinung, dass Hassler Eifer haben kann, auch wenn man von den Fr 800.- etwas wegtut. Man dies von anderen Beamten auch verlangen, die weniger haben. Jch stelle den Antrag, statt Fr 800.- ~~xxx~~ Fr 400.- zu geben.

Es kommt sodann zur Abstimmung.

Ergebnis der Abstimmung:

- 7 Stimmen für Antrag Risch ( Reduktion auf Fr 400.- )
- 6 Stimmen für Beibehaltung der Fr 800.-
- 1 Stimme leer.

Nachdem das absolute Mehr nicht erreicht ist, sondern nur das relative, kommt es neu zur Abstimmung:

Ergebnis der neuerlichen Abstimmung:

- 8 Stimmen für Antrag Risch ( Reduktion auf Fr 400 )
- 5 Stimmen für Beibehaltung der Fr 800.-)
- 1 Stimme leer.

Es erfolgt sodann eine kürzere Aussprache wegen der

Stempelprovisionen der Beamten des Landgerichtes und einiger Beamten der Regierungskanzlei. Da ~~sich~~ niemand einen Antrag stellt, bleibt es hier beim alten.

Zum Punkte VIII. Sanität lit. e) Kropfbekämpfung Fr 600.-.

Abg. Risch: Nachdem dieser Posten ~~neu~~ ist, meine ich sollte dieser gestrichen werden.

Ident: Ich könnte mich nicht ganz dazu verstehen. Die Initiative ist ~~Hesse~~-vom Landesphysikus ausgegangen. Es ist erwiesen, dass mehr als 50 % der Schulkinder mehr oder weniger fortgeschrittene Kröpfe haben oder Anlagen dazu. Dieser Posten bedeutet den Schulkindern gegenüber eine gewisse Pflicht. Wir haben in der Kropfbekämpfung bereits die Erfahrung der Nachbarländer für uns. Das Ganze vollzieht sich in der Schule. Die Ausgabe ist eine sehr geringe im Verhältnis zum Erfolg. Ich möchte trotz aller Sparsamkeit diese Post stehen lassen.

Abg. Risch: Nach all dem Vorgebrachten ziehe ich meinen Antrag zurück.

Mauren: Ich mache den Antrag, diese Post von Fr 600.- zu streichen, um nicht vom Prinzip der Sparsamkeit abzugehen. In der Schweiz gibt man jodiertes Salz. Ich lehne die Post ab.

: In der Schweiz gibt man neben dem jodierten Salz die Pillen. Ich möchte diese Post nicht mit jenen auf gleiche Stufe stellen, wo es sich um Gehaltserhöhung oder solche Sachen handelt.

Es kommt sodann zur Abstimmung:

Ergebnis der Abstimmung:

13 Stimmen für das Budget ( Fr 600.- für Kropfbekämpfung)

1 Stimmen gegen das Budget.

Zum Punkt IX. Soziale Fürsorge a) Wirtschaftskammer l. Gehalt des Sekretärs Fr 4000.

Abg. Risch: Abg. Batliner hat heute schon einmal erwähnt, dass man sparen müssen. Wir haben im Konferenzzimmer leider gehört, dass manches anders steht, als man geglaubt hat. Batliner beantragte, dass

es absolut nicht an der Zeit sei, aufzubauen. Ich möchte gerade noch weiter gehen und beantragen, den Posten per Fr 4000.- zu streichen. Man hat von der Wirtschaftskammer etwas anderes erwartet, als sie ins Leben gerufen wurde. Verschiedene Stände haben sie abgelehnt. Ich meine, dass diese Arbeiten, soweit sie notwendig sind, noch durch die Regierungskanzlei gemacht werden können.

Chief: In Bezug auf soziale Fürsorge liegt bei uns viel brach. Man sollte hier vielmehr aufbauen. Wenn der Abgeordnete Risch den Gehalt des Kammersekretärs eingespart wissen will durch Zuteilung der Agenden an die Regierung, so lasse ich das bewenden, vorausgesetzt, dass die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Ich kenne den Umfang der Arbeiten der Wirtschaftskammer nicht recht. Ich habe zwar den Betrieb angeschaut und glaube schon, dass ein grosser Teil von der Regierung gemacht werden könnte. Indes einige Sachen sind doch neu. Es wäre allenfalls noch zu erwägen, ob die Sache nicht einer privaten Institution überlassen werden soll, unter Subvention des Landes allenfalls.

Uspelt: Wenn man die Wirtschaftskammer abschafft, würde speziell das Lehrlingswesen sehr leiden darunter. Hierin hat sich Kammersekretär Feger sehr bemüht. Wir hatten szt. in Aussicht genommen, auch Meister- u. Gesellenprüfungen zu machen. Wegen des Gewerbes sollte man die Kammer aufrecht erhalten.

Amann: Die Wirtschaftskammer ist ein Institut, das sich voll und ganz bewährt hat, Man denke sich auch die heutige Lage im Lande, wo jeder, der Arbeit sucht, gezwungen ist, sein Brot im Auslande zu verdienen. Der Fremdenverkehr hat sich bedeutend gebessert. Es sind in den letzten Jahren eine Masse von Wirtschaften ins Leben gerufen worden. Da sollte man dann auch etwas tun.

Gassner: Dieses Institut ist meines Wissens kurz nach dem Inkrafttreten unseres neuen Steuergesetzes geschaffen worden. Ich als Landwirt war damals nicht sehr erbaut darüber. Ich habe mich dann aber oftmals bei Gewerbetreibenden und Arbeitern darüber

erkündigt, was sie von der Wirtschaftskammer sagen und ich kann sagen, dass mehr für die Institution waren. Wir Abgeordneten sind für die Gesamtbevölkerung, für die Arbeiter und für die Landwirte da. Ich möchte in erster Linie die Arbeiterschaft und die Gewerbetreibenden sprechen lassen. Bevor ich <sup>nicht</sup> die Gewissheit hatte, dass ein Grossteil der Arbeiterschaft und Gewerbetreibenden ihr Einverständnis mit dem Abbau der Wirtschaftskammer erklärte, könnte ich nicht für einen Abbau stimmen. Dass die Regierung die Sache ohne weiteres besorgen kann, möchte ich sehr bezweifeln. Das letzte Jahr hat die Regierungskanzlei noch vollauf zu tun gehabt. Es würde dann vielleicht nur kurze Zeit gehen, und dann käme wieder alles ins Stocken. Ich möchte noch bemerken, dass die Einsparungen gar nicht so gross sind, dass aber riesige Unzufriedenheiten geschaffen werden.

Risch: Ich bin noch der gleichen Meinung wie zuvor. Man beruft sich hauptsächlich auf die Arbeiter. Die Arbeitsvermittlung ist szt. dem Arbeiterverein aus den Händen genommen worden gegen den Willen desselben. Für Fr 2000.- gibt es hunderte, die das besorgen.

Batliner: Meine Meinung ist: Abschaffung der Wirtschaftskammer. Ich mache daraus gar kein Geheimnis. Die Regierung soll das machen. Das andere kann der Arbeiterverein oder irgend eine Gesellschaft. Wie ich gehört habe, ist es möglich zu machen, ohne die Fr 4000.-.

Risch: Es ist der Wirtschaftskammer durch Jahre hindurch nicht gelungen, sich bei den Arbeitern beliebt zu machen.

Ospelt: Ich meine, wenn die Wirtschaftskammer aufgelassen wird, geht alles flöten.

Ident: Die Vorteile, die die Wirtschaftskammer hat, sollten unbedingt gewahrt bleiben, wenn dies nicht möglich ist, ist das ein Zeichen, dass sie Existenzberechtigung hat. Ist die Stelle als solche eine vollbeschäftigte Beamtenstelle? Das ist ausschlaggebend. Trifft dies zu, dann wird sie auch bezahlt werden müssen. Ich glaube, wir werden morgen auf diesen Punkt nochmals zurückkommen müssen und schlies-

se für heute Abend die Sitzung.

Schluss 6 Uhr abends.

Fortsetzung am nächsten Tage, 28. Dezember 1928.

---

(Konferenzzimmer-Besprechung vorher)

Beginn 10 1/4 Uhr.

XVII C.

Präsident: referiert über das Gesetz, das in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission ausgearbeitet wurde, und nach welchem der Spar- und Leihkasse ein Dotationskapital von Fr 600,000 zur Verfügung gestellt wurde und Fr 400,000 im Laufe des Jahres 1929 weiter zur Verfügung gestellt werden.

Die Finanzkommission habe sich bestimmt gefunden, das Kapital der Spar- und Leihkasse zu geben, um den Kredit nach aussen hin zu sichern. Die fürstliche Regierung habe die nötigen Unterlagen, aus denen hervorgehe, dass die Sparkassa das Dotationskapital dringend benötige.

Präsident: gibt sodann die Ausfälle der Sparkassa/aus Grund von <sup>aus Wechselverpflichtungen</sup> Aufschreibungen bekannt.

Die genauen Daten werden jedem Abgeordneten schriftlich zugestellt werden.

Präsident: liest sodann die Liste über die ungedeckten Kredite vor, ohne Nennung von Namen und erklärt dass die ganze Angelegenheit in einem ausführlichen Berichte der Sparkassa behandelt werde.

Dieser Bericht wird den Abgeordneten szt. ebenfalls zugestellt. Der Betrag aus den faulen Krediten macht Fr 1,123,979.40 aus.

Präsident: erklärt noch, dass diese Zahlen noch umso niederschmetternder wirken, wenn man einmal die Namen der bezüglichen Personen kenne. Wenn das Dotationskapital in der Sparkassabilanz aufscheine, so habe das auf die ganze Geschäftsführung einen grossen Einfluss. Das Land habe bei der Sparkassa ein Guthaben von Fr 1,452,000.-, die Sparkassa buche das Dotationskapital um. Die sichergestellten Wechselverbindlichkeiten der Sparkassa

Protokoll

XVII 6.

über die Besprechung im Konferenzzimmer des Landtages, abgehalten am 27. Dezember 1928.

Gegenwärtig:

Sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme von Basil Vogt von Balzers, der sich entschuldigt hat.

Reg. Chef Dr. Hoop. Schriftführer: Anton Seger.

Chef referiert über die Steuern, die im Jahre 1928 bis anhin eingelaufen sind, und die einen Betrag von Fr 1,100,000 ausmachen. Er gibt ferner Auskünfte über den Stand der Anleihefrage und erklärt, dass sehr günstige Aussichten vorhanden sind von der Schweizerischen Eidgenossenschaft Geld zu einem sehr günstigen Zinsfusse zu erhalten. Die Verhandlungen mit dem Konsortium seien aufgegeben worden, weil die Bedingungen dort wesentlich ungünstigere seien. Die Sache habe sich deswegen verzögert, weil Bundesrat Musy in Bern erkrankt sei. Der Gesandte Dr. Beck in Bern werde jedoch sofort nach Wiederherstellung Musy's die Verhandlungen neu aufnehmen.

Chef gibt Aufklärungen über Wechselsicherstellung und gibt bekannt, dass die hierzu nötige Summe durch ein Konsortium uns zur Verfügung gestellt worden sei und dass diese Summe aus der kommenden Anleihe zurückgezahlt werde. - Sämtliche Abgeordneten sind damit einverstanden.

Rat Büchel: erklärt, dass es unbedingt notwendig sei, der Sparkassa ein Dotationskapital zur Verfügung zu stellen. Es sei notwendig, dass dieser Tage noch ein bezügliches Gesetz geschaffen werde. Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über die Mietverhältnisse in dem Landesverweserhause, und anschliessend daran eine Debatte über das Gesuch um Gehaltserhöhung von Professor Nipp und Reallehrer Banzer Eschen.

Chef liest eine von der Sparkassa-Verwaltung herausgegebene Liste

ungedeckter Kredite vor, ferner die Liste der ausgegebenen betrügerischen Wechsel und gibt die Beträge bekannt, die aus der Sparkassa-Affäre voraussichtlich noch zu bezahlen sind.

Gefertiget:

*afu.*

e-archiv